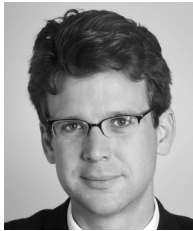


Mittel- und Osteuropa

Stephen Bastos über Katzenjammer und Hoffnungsschimmer



Stephen Bastos, geb. 1973, ist in der DGAP im Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung verantwortlich für die deutsch-polnischen Beziehungen. In diesem Rahmen organisiert er unter anderem den Gesprächskreis Polen/Deutsch-Polnische Beziehungen.

Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt

Piotr Buras / Henning Tewes | Hohenheim Verlag 2006, 279 Seiten.

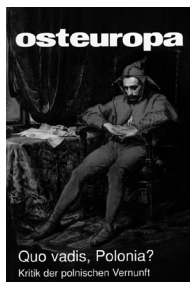
Karl Marx scheint mit Polen kein Glück zu haben. War das Land in den achtziger Jahren Vorreiter beim Untergang des Kommunismus in Europa, so schickt es sich gut 20 Jahre später an, die marxistische Theorie von der Abhängigkeit des politischen Überbaus vom wirtschaftlichen Unterbau abermals zu widerlegen. Polen gibt nach gut drei Jahren EU-Mitgliedschaft ein widersprüchliches Bild ab. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit sinkt, der Lebensstandard steigt. Politisch aber taumelt das Land von Krise zu Krise. Innenpolitisch scheint Polen weit entfernt von einer Stabilisierung. Außen- und europapolitisch hat es seine Rolle noch nicht gefunden. Wie lassen sich diese Widersprüche erklären? Und wie bedrohlich sind die Krisenphänomene wirklich? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, kann jetzt auf zwei bemerkenswerte Bücher zurückgreifen. Ohne zu beschönigen zeichnen beide ein wesentlich positiveres Bild von den Erfolgen und Perspektiven der jungen polnischen Demokratie als die Medienberichte über tagespolitische Turbulenzen vermuten lassen. Buras und Tewes bieten eine konzise und faktenge-sättigte Analyse der Entwicklungen von 1989 bis zum EU-Beitritt. Ausgehend von der Frage, „wie ein wirtschaftlich ruiniertes und politisch tief gespaltenes Land zu einem EU-Mitglied wurde, das mit voller Berechtigung auf eine funktionierende Demokratie und eine stabile Marktwirtschaft verweisen“ kann, erzählen sie eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte. Gut geschrieben und souverän im Urteil analysieren sie die Erfolgsfaktoren der polnischen Transformation und die Ursachen für die aktuellen populistischen Verwerfungen. Ein gelungenes Beispiel deutsch-polnischer Zusammenarbeit der jungen Generation.



Quo vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft

Manfred Sapper / Volker Weichsel / Andrea Huterer (Hrsg.) | Doppelheft der Zeitschrift *Osteuropa*, Berliner Wissenschaftsverlag 2006, 334 Seiten.

Die Zeitschrift *Osteuropa* liefert mit einem Sonderband zu Polen eine differenzierte und facettenreiche Analyse der aktuellen politischen Lage in Polen und



fragt: „Gibt es Anlass zur Sorge?“ Die Antwort ist eindeutig: Es wäre falsch, die Krisensymptome zu überzeichnen, denn der Populismus trage den Keim seines Untergangs bereits in sich. Er zeitige „paradoxe Folgen. Er attackiert die Demokratie, doch steigert er ihre Integrationskraft, er ist antimodern, und er befördert doch die Modernisierung. Und der synthetische Blick in Wirtschaft und Gesellschaft zeigt, dass es ein anderes Polen gibt. Die Kluft zwischen den populistischen Eliten und der Gesellschaft wächst. Diese ist individualistischer, flexibler, eigenverantwortlicher und pragmatischer, als es im Weltbild des Populismus denkbar ist.“ Die meisten der insgesamt 23 Analysen beschäftigen sich mit innenpolitischen Fragen. Kai-Olaf Lang und Pawel Swieboda untersuchen die Europa-Politik der Kaczyński-Regierung und kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Die polnische Regierung hat ihren Platz in Europa noch nicht gefunden und agiert weitgehend konzeptionslos auf der europapolitischen Bühne. Sie verkennt die politischen Realitäten und die Entscheidungslogiken der EU und droht sich mit ihrer „patriotischen Außenpolitik“ selbst zu marginalisieren. Beide Autoren verweisen aber auch auf die positiven europapolitischen Ansätze in Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik.

Was die Wirtschaftspolitik angeht, gibt Sebastian Plóciennik Entwarnung: „Trotz Europaskepsis und protektionistischer Rhetorik hat die konservative Regierung jedoch an der Integration der polnischen Wirtschaft in die europäischen und globalen Märkte nicht gerüttelt. Sie ist bemüht, den Haushalt zu konsolidieren, hält den Złoty bislang stabil und hat dafür gesorgt, dass die Gelder aus den EU-Fonds konsequenter abgerufen werden.“ Harsche Kritik hingegen übt Reinhold Vetter, der deutlich macht, dass zwischen der sozialen Rhetorik der Kaczyński-Brüder und den politischen Realitäten eine beeindruckende Kluft besteht und die dringend erforderlichen Strukturreformen der polnischen Sozialsysteme bislang ausgeblieben sind. Der Band wird seinen Wert auch nach den nächsten Wahlen behalten, wenngleich man sich gerade mit Blick auf das mögliche Ende der Kaczyński-Regierung eine Analyse zur oppositionellen Bürgerplattform gewünscht hätte.

Verpasster Neuanfang? Deutschland, Polen und die EU

Adam Holesch | Bouvier Verlag 2007, 181 Seiten.

Die Zeit der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ scheint lange vorbei zu sein. Katerstimmung macht sich breit. Angesichts des hoffnungsvollen Neubeginns der deutsch-polnischen Beziehungen 1989 drängt sich die Frage auf, was seitdem schief gelaufen ist und ob wir uns auf eine dauerhafte Entfremdung einstellen müssen. Der junge Politikwissenschaftler Adam Holesch liefert eine erste systematische preisgekrönte Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1989. Er macht deutlich, dass die Verstimmungen bereits Ende der neunziger Jahre einsetzten. Es greift also zu kurz, die augenblickliche Krise nur auf die Politik der Kaczyński-Regierung zurückzuführen. In seiner ausgewogenen und erfreulich nüchternen Untersuchung geht Holesch mit den

Kaczyński-Brüdern hart ins Gericht, verweist aber auch auf die Fehler der deutschen Seite. Dafür steht das deutsch-russische Projekt der Ostsee-Pipeline, genauso wie die von deutscher Seite „bewusst offen gelassenen Vermögensfragen“. Die Studie konzentriert sich auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Dabei besteht immer die Gefahr, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamiken aus den Augen zu verlieren, die den Beziehungen mittlerweile eine stabile und auch belastungsfähige Grundlage geben. Die Studie erweist sich aber auch dort als anregend, wo man nicht mit ihren Thesen übereinstimmen mag. Abgerundet wird sie mit einer umfangreichen und gut aufgearbeiteten Bibliographie und mit einem Hoffnungsschimmer am Horizont: „Erst nach dem Wechsel der politischen Eliten, erst wenn die Europa-Generation das Ruder in beiden Ländern übernimmt, wird sich die nachbarschaftliche Verkrampfung endgültig lösen.“



Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn

Manfred Sapper / Volker Weichsel / Andrea Huterer / David Oberhuber (Hrsg.)
Doppelheft der Zeitschrift *Osteuropa*, Berliner Wissenschaftsverlag 2007, 336 Seiten.

Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) will die EU Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in die Nachbarstaaten der EU exportieren und so einen Ring befreundeter Staaten um sich herum etablieren. Eine Idee, die letztlich ohne vernünftige Alternative ist. Und doch steckt in der ENP ein Grundwiderspruch: Sie folgt weitgehend der Logik der EU-Erweiterungspolitik, ist aber gleichzeitig bislang als klare Alternative zur Erweiterung konzipiert. Reichen die Anreize der EU jenseits einer konkreten Beitrittsperspektive aus, um die Nachbarländer langfristig zu stabilisieren und einen erfolgreichen Verlauf der Transformationsprozesse zu sichern? Und welche Rückschlüsse aus der Analyse der ENP lassen sich für die künftige Gestalt der EU ziehen? Der Tenor der Beiträge in diesem beeindruckenden Sonderband der Zeitschrift *Osteuropa* ist eindeutig: Der ENP fehlt es nach wie vor an „Schwung und Überzeugungskraft“. Es besteht eine große Kluft zwischen Theorie und Praxis. Erweiterungspolitik zu betreiben, ohne den Adressaten einen Beitritt zur EU in Aussicht zu stellen, funktioniert bislang nicht. Die EU gibt damit ihren größten Trumpf aus der Hand, ihr Einfluss bleibt begrenzt. Hinzu kommt der Kremelfaktor: „Zunehmend kollidieren die Interessen Russlands und der EU im Nachbarschaftsraum. Moskau wertet die Nachbarschaftspolitik als Versuch, Russland aus der Region zu verdrängen, und reagiert allergisch auf Demokratisierung.“ Der Band stellt insgesamt ein veritables Referenzwerk dar, das wertvolle Anregungen für die weitere Ausgestaltung der ENP enthält. Schade nur, dass die Rolle der USA in den ENP-Regionen und die Möglichkeiten transatlantischer Kooperation nicht thematisiert werden.



Afrika

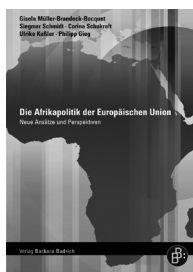
Andreas Eckert über Musiker und Zyniker



Dr. Andreas Eckert, geb. 1964, ist Professor für die Geschichte Afrikas am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. 2007 erschien von ihm „Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania, 1920–1970“ (Oldenbourg).

Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet u.a. | Verlag Barbara Budrich 2007, 321 Seiten.

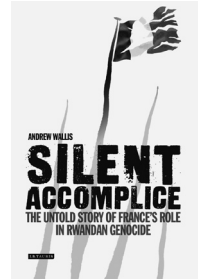


Afrika ist gegenwärtig nicht nur bei Rockmusikern mit Helfersyndrom und adoptierwilligen Filmstars weit oben auf der Agenda. Auch die internationale Politik hat den noch vor kurzem als „Krisenkontinent“ abbeschriebenen Erdteil wieder fest im Blick. In der Rhetorik geht es um Demokratisierung, Good Governance und Hilfe zur Selbsthilfe, doch natürlich sind auch strategische und vor allem wirtschaftliche Interessen im Spiel. Afrikas Rohstoffe sind gefragter denn je, und mit großer Sorge nimmt man in Washington, London oder Paris „Chinas Griff nach Afrika“ zur Kenntnis, also die seit einigen Jahren markante Präsenz Pekings südlich der Sahara. Und welche Strategien verfolgt die Europäische Union? Die Würzburger Politologin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und ihre Mitautoren haben dazu jetzt einen materialreichen Band vorgelegt. Ulrike Keßler zeichnet die EU-Afrika-Politik der letzten 40 Jahre nach und kommt zum Ergebnis: „Theorie gut – Praxis mangelhaft“. Zwar seien Ziele wie „Eindämmung und Besiegung der Armut“ zu begrüßen, doch gebe es bislang weder eine klare Strategie noch eine angemessene finanzielle Ausstattung. Siegmund Schmidt konstatiert, dass die europäische Afrika-Politik die Bezeichnung Politik – definiert als „die aktive Verfolgung politischer Ziele, Prinzipien und Interessen“ – erst seit Beginn der neunziger Jahre verdiene. Zwar weiß Schmidt über die EU-Sicherheitspolitik gegenüber dem subsaharischen Afrika durchaus Positives zu berichten. Doch hänge die Zukunft der EU-Afrika-Politik nicht zuletzt davon ab, „inwieweit die 2004 beigetretenen neuen Mitglieder den Konsens in der Entwicklungs- und damit auch in der Afrika-Politik mittragen. Ohne historische Bande und mit sehr geringen Interessen an Afrika ist es vorstellbar, dass diese Länder längerfristig eine geographische Neuausrichtung der EU-Politik einfordern werden.“

Silent Accomplice. The Untold Story of France's Role in Rwandan Genocide

Andrew Wallis | I.B. Tauris 2006, 242 Seiten.

Zu den zentralen Zäsuren der französischen Afrika-Politik gehört der Genozid in Ruanda 1994. Paris konnte den Völkermord an den Tutsi und gemäßigten Hutu nicht nur nicht verhindern, es beförderte ihn auch noch. Über das Ausmaß der „Komplizenschaft“ Frankreichs gibt es unterschiedliche Interpretationen. Unvergessen ist bis heute der zynische Ausspruch François Mitterrands, „in Ländern wie diesen [Ruanda] ist ein Genozid nicht so bedeutsam“. Der britische Journalist Andrew Wallis fährt in seiner Studie schweres Geschütz auf. Er wendet sich mit Verve gegen die Lesart, die internationale Gemeinschaft sei beim Versuch, die Massaker zu verhindern, zwar willens, aber ineffizient gewesen und hebt mit Nachdruck insbesondere Frankreichs verhängnisvolle Rolle in diesem dunklen Kapitel hervor. Paris habe den Völkermördern kontinuierlich militärische, finanzielle und diplomatische Unterstützung gewährt. Als wesentlichen Grund dafür sieht Wallis Frankreichs Angst, Ruanda könne unter „angelsächsische Herrschaft“ fallen. Dieses Kernargument ist nicht wirklich überzeugend. Zweifelsohne liefert der Autor jedoch – zum Teil auch neue – erschütternde Belege für die „Mittäterschaft“ Frankreichs. In Paris ziert man sich bis heute vor der kritischen Aufarbeitung, wengleich eine parlamentarische Untersuchungskommission 1998 immerhin konzediert hat, dass Frankreich zur „Machbarkeit des Völkermords“ beigetragen habe, auch wenn es nicht „schuld“ an dem Verbrechen sei.



Verhandeln um die Freiheit Namibias. Das diplomatische Werk der westlichen Kontaktgruppe

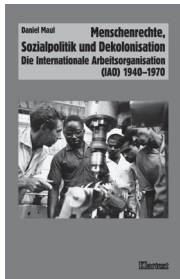
Hans-Joachim Vergau | Nomos Verlagsgesellschaft 2006, 115 Seiten.

Auch im langen Prozess der Dekolonisation Namibias hat sich die internationale Gemeinschaft nicht immer mit Ruhm bekleckert. Der Autor des vorliegenden Buches liefert gleichsam aus der Insiderperspektive eine Darstellung der Namibia-Initiative der „westlichen Fünf“ (USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Kanada), die seit 1977 mit diplomatischen Mitteln das Ziel verfolgten, den Abzug Südafrikas sowie eine Unabhängigkeit Namibias mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassung zu erreichen. Vergau war als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes eng in die Initiative eingebunden. Er bietet eine Fülle von interessanten Details, ohne jedoch die in der bisherigen Forschungsliteratur benannten Trends nachhaltig zu revidieren. Leider bricht die Darstellung mit einem etwas pathetisch geratenen Kapitel über die Unabhängigkeitsfeiern in Windhuk am 21. März 1990 ab. Hier hätte man sich wenigstens einen Ausblick gewünscht.



Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940–1970

Daniel Maul | Klartext Verlag 2007, 447 Seiten.



In das Feld der internationalen Sozialpolitik führt die exzellente Studie von Daniel Maul. Die 1919 als Teil der Völkerbundinitiative gegründete Internationale Arbeitsorganisation (IAO) mit Sitz in Genf zählte die Etablierung „wirklich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen“ in möglichst vielen Staaten zu ihren zentralen Aufgaben. Gemäß Artikel 35 ihrer Verfassung verlangte die Organisation von allen Kolonialmächten, Übereinkommen und Empfehlungen auch auf ihre Anwendbarkeit in den zu ihrem Herrschaftsbereich gehörenden Territorien zu prüfen. Kamen die internen Beratungen über die konkrete Behandlung der Arbeitskräfte in den „nicht-metropolitanen Gebieten“ in der Zwischenkriegszeit nur langsam voran, so wurde die IAO in den vierziger Jahren laut Maul „eine der ‚Welten im Kleinen‘, innerhalb derer sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Staatenordnung mit neuen Nationen und neuen Vorstellungen, Hoffnungen und Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten konstituierte“. Der Autor untersucht quellennah und in enger Tuchfühlung mit der jüngeren Forschung, wie stark die IAO den Dekolonisationsprozess und die erste Dekade nach der weitgehenden Auflösung der Kolonialreiche geprägt hat. Die Organisation habe sich, so sein überzeugendes Fazit, trotz begrenzter Handlungsspielräume zu einer global orientierten Organisation entwickelt und entscheidend mitgeholfen, einen Diskurs globaler Verantwortung und gegenseitiger Abhängigkeit zu etablieren.

Deutsche Außenpolitik

Hanns W. Maull über Erfolgskriterien für Auslandseinsätze



Dr. Hanns W. Maull, geb. 1947, ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier. 2006 erschien von ihm „Germany’s Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic“ (Palgrave Macmillan).

Friedensgutachten 2007

Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler u.a. (Hrsg.) | LIT-Verlag, 336 Seiten.

Militäreinsätze und namentlich die Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen im Mittelpunkt des diesjährigen Friedensgutachtens. Die fünf Friedensforschungsinstitute, die diesen Jahresbericht vorlegen (Hessische Stiftung für

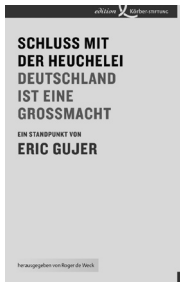
Friedens- und Konfliktforschung, Bonn International Center for Conversion, Institut für Entwicklung und Frieden, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg), haben dem Gutachten erstmals durch eine klare Schwerpunktsetzung deutlichere Konturen gegeben und damit einen guten Griff getan. Zur Rolle von Auslandseinsätzen der Bundeswehr existiert erheblicher Analyse- und Diskussionsbedarf. Diesen Bedarf zu decken und daraus Empfehlungen an die Adresse von Bundesregierung und Bundestag abzuleiten ist Ziel des Gutachtens. Die fünf Institute empfehlen, künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr an „mindestens die folgenden sechs Kriterien“ (S.12) zu binden: Rechtmäßigkeit des Einsatzes nach UN-Charta und Grundgesetz, klare friedenspolitische Ziele, Vorrang ziviler Alternativen, ein politisches Gesamtkonzept und vernünftige Erfolgsaussichten im Zielland, begleitende Evaluierung und eine eindeutige Exit-Strategie. Diese Kriterien sind allemal eine brauchbare Grundlage, auch dafür, die Entscheidungen über Auslandseinsätze in Zukunft mit geschärftem Gespür für die möglichen Risiken zu treffen. Die Beiträge, die sich mit den Ergebnissen bisheriger Militäreinsätze befassen, zeigen das deutlich. Sie dokumentieren freilich auch, dass Krisenprävention eine zwar wünschenswerte, aber in der Praxis kaum realistische Alternative ist.

Und wenn Reinhard Mutz lediglich eine Militäraktion aus der Geschichte als gelungenes Beispiel einer kollektiven Militärintervention gelten lassen will, nämlich den so genannten Zuger Banner- und Siegelstreit in der Schweiz im Jahre 1404, dann ist dieses Bild etwas zu düster. Schaut man sich die von ihm näher untersuchten Beispiele Irak (1991, 2003), Somalia, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Afghanistan an, dann ist die Bilanz wenigstens in Bosnien und dem Kosovo so negativ nicht. In Bosnien könnte man ebenso wie in Ruanda 1994 sogar mindestens ebenso plausibel argumentieren, das militärische Eingreifen hätte viel früher erfolgen müssen, um dem Völkermorden Einhalt zu gebieten. Dennoch: Die Hoffnung auf klare, eindeutige Entscheidungskriterien bleibt vage. Und ist der typisch deutsche Wunsch nach einem „politischen Gesamtkonzept“ wirklich realistisch? Wann können „zivile Alternativen“ als erschöpft gelten – und macht die Logik der militärischen Einsätze als Ultima Ratio tatsächlich auch dann Sinn, wenn es sich bei diesen Einsätzen faktisch um das internationale Gegenstück zu Polizeieinsätzen im Inneren handelt, wie derzeit in Darfur? Bemerkenswert ist dabei auch, dass die Empfehlungen des Gutachtens mit dem ersten Kriterium (Rechtmäßigkeit) der Frage ausweichen, ob ein Mandat des UN-Sicherheitsrats zwingend Voraussetzung für einen Einsatz der Bundeswehr sein müsste. Bewusst? „Never say never“ sagen die Angelsachsen nicht ohne Grund.



Schluss mit der Heuchelei. Deutschland ist eine Großmacht

Eric Gujer | Edition Körber-Stiftung 2007, 100 Seiten.



Auch in diesem anregenden, klugen Essay spielt das Thema „Auslandseinsätze“ eine zentrale Rolle. Der Autor, lange Jahre Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* in Berlin, ermuntert Deutschland dazu, mehr außen- und sicherheitspolitische Entschlossenheit zu zeigen. Der Titel ist freilich arg marktschreierisch geraten: Von „Heuchelei“ ist an keiner Stelle die Rede. Im Gegenteil: Gujer attestierte der deutschen Außenpolitik durchaus, sie habe sich aus ihrer doppelten Fixierung auf die Vergangenheit (Nationalsozialismus und Kalter Krieg) gelöst und damit begonnen, sich auf eine neue Weltlage einzustellen. Nur eben nicht konsequent genug. Das deutsche Bestreben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat und die Irak-Krise 2002/03, bei der Deutschland den USA die Gefolgschaft verweigerte, zeigen für den Schweizer Journalisten einerseits, wie sehr sich die Handlungsspielräume Berlins ausgeweitet haben – aber andererseits eben auch, dass es diese Handlungsspielräume letztlich nicht klug zu nutzen verstand. Woran liegt das? Gujer zufolge ist die außenpolitische Elite in Deutschland zumindest teilweise noch alten Denkmustern verhaftet. Das gelte für die Fixierung auf Washington, aber auch für die Berührungängste gegenüber dem Zusammenhang zwischen Sicherheitsinteressen, Militär und Kriegsführung. Hinzu komme noch die Haltung der deutschen Öffentlichkeit: „Die Parteien gehen davon aus, einer tendenziell isolationistisch eingestellten Gesellschaft die Notwendigkeit einer aktiven Außenpolitik nicht hinreichend erklären zu können“, schreibt Gujer (S. 43). Afghanistan illustriert für ihn das Problem besonders eindringlich: Die Entscheidung, sich am amerikanischen Krieg und den Befriedungsbemühungen dort zu beteiligen, sei aus den falschen Gründen (bündnispolitische Solidarität mit den USA und Kompensation des deutschen „Nein“ zum Irak-Krieg) gefällt, dann mangelhaft kommuniziert und schließlich mit unzulänglichen personellen und finanziellen Mitteln durchgeführt worden. Zwar trage der Einsatz „Züge einer traditionellen Machtprojektion“ (S. 89). Doch einer wirklichen Diskussion darüber, ob und wie dieser Einsatz der Bundeswehr aus deutscher Sicht sinnvoll sein könne, verweigere sich Deutschland ebenso wie einer Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden, unbequemen Grundsatzzfragen. Das Ergebnis sei eine für Auslandseinsätze nur „bedingt einsatz- und bündnisfähige“ Bundeswehr. Deshalb fordert auch Gujer klare Kriterien bei der Entscheidung für oder gegen Auslandseinsätze. Sie sehen allerdings etwas anders aus als die des Friedensgutachtens: Kann eine Intervention die Lage nachhaltig verbessern? Stehen europäische Interessen auf dem Spiel? Gibt es den politischen Willen, die notwendigen Kräfte bereitzustellen? Besteht das erforderliche Standvermögen, bis die Aufgabe gelöst ist? Und trägt die innenpolitische Unterstützung auch dann, wenn es schwierig wird? Es könnte nicht schaden, wenn das Abschiedsgeschenk des scheidenden Schweizer Korrespondenten in der Hauptstadt aufmerksam gelesen würde.